

ASTA

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS FACHHOCHSCHULE FRANKFURT
Körperschaft des öffentlichen Rechts

ASTA Fachhochschule Frankfurt/Main · Kleiststraße 1

6000 FRANKFURT am Main
KLEISTSTRASSE 1
TELEFON (0611) 55 75 89

ASTA
Technische Hochschule
Hochschulstr. 1
61 Darmstadt

Referat:

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

15.11.1976

Betr.: Solidaritätserklärungen

Die materielle Lage der Studenten hat sich in den letzten 2 Semestern weiter verschlechtert (Bafögekürzungen, Anhebung des Darlehenssatzes von DM 80,-- auf DM 130,--, allgemeine Preissteigerungen). Angesichts dieser miserablen sozialen Lage der Studenten und damit auch der der Bewohner des Studentenwohnheimes der Fachhochschule Frankfurt, 6 Frankfurt 50, Nidaforum 1, lehnen wir die zum 1.7.1976 vorgenommene Mieterhöhung um 20 % auch weiterhin ab.

Wir sind der Meinung, daß für Studentenwohnheime das Kostendeckungsprinzip nicht gelten kann, das der Kultusminister als Argument für die Mieterhöhung angeführt hat. Wir lehnen die Weitergabe der gestiegenen Kosten in Form von Mieterhöhungen ab und fordern, daß für Studentenwohnheime das Kostendeckungsprinzip keine Anwendung findet.

Studentenwohnheime sind gebaut worden, um Studierenden aus einkommensschwachen Familien billige Wohnmöglichkeiten zu bieten. Durch die Mieterhöhung wird der bestehende NC durch eine soziale Auslese weiter verschärft, so daß langfristig nur noch ein Studium für Kinder aus privilegierten Familien möglich sein wird.

Auf der beigefügten Resolution der Wohnheimbewohner wird die Ablehnung der Mieterhöhung nochmals detailliert begründet.

Wir bitten um Solidaritätserklärungen zu unserem Mietstreik.

Mit solidarischen Grüßen

A S T A - Fachhochschule Frankfurt

WOHNHEIMRAT des Wohnheimes der Fachhochschule



RESOLUTION DER BEWOHNER
DES STUDENTENWOHNHEIMES
DER FACHHOCHSCHULE
FRANKFURT, NIDA FORUM 1

Die Bewohner des Studentenwohnheimes der Fachhochschule Ffm.,
Nidaforum 1, lehnen die geplante Mieterhöhung ab.

B e g r ü n d u n g:

1. Die Erhöhung der Mieten bedeutet eine weitere Verschlechterung unserer finanziellen Situation.
 - Die Preise für Grundnahrungsmittel steigen ständig, ebenso die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel.
 - Die Studentenwerksgebühren wurden im letzten Semester erhöht.
 - Unser B a f ö g wird ständig gekürzt.
 - Der Höchstsatz für B a f ö g beträgt derzeit 500.- DM, wovon 80.- DM Darlehen sind.
 - Erhebungen, die 1974 vom Deutschen Studentenwerk durchgeführt wurden, stellten einen Mindestbedarf von 620.- DM fest.
 - Die jetzige Arbeitsmarktlage erschwert es uns, unsere Lebenshaltungskosten zu decken.

Aus diesen Gründen sind wir nicht bereit, die geplante Mieterhöhung hinzunehmen.

In unserem Wohnheim wohnen viele ausländische Kommilitonen. Ihr Anteil beläuft sich auf ca. 25 %. Da sie kein Bafög erhalten und ihr Studium daher aus eigener Tasche finanzieren müssen, sind sie von der geplanten Mieterhöhung am härtesten betroffen.

Weitere Gründe zur Verschlechterung sind:

- Steigende Inflationsraten in den Heimatländern unserer ausländischen Kommilitonen und ungünstige Wechselkurse schmälern die Unterstützung durch ihre Eltern.
- Die ohnehin schwierige Arbeitsmarktlage und zusätzliche Ausländerdiskriminierung machen eine finanzielle Aufbesserung durch Jobs nahezu unmöglich.

- Weil eine Zimmersuche auf dem freien Wohnungsmarkt fast aussichtslos ist, sind unsere ausländischen Komilitonen gezwungen, mit Wohnheimplätzen vorlieb zu nehmen.
- 2. Der letzten Mieterhöhung vom 1. März 1975 mit 20 % soll jetzt eine erneute Erhöhung mit wiederum 20 % folgen.
- 3. Durch unsere finanzielle Situation sind wir gezwungen, in diesem Wohnheim zu wohnen.

Dafür nahmen wir bisher hin:

- Eine Wohnfläche in Einzelzimmern von ca. 11,5 qm, davon sind 2,7 qm Vorraum, sodaß uns als Wohnraum nur ca. 9 qm zur Verfügung stehen.
 - Drei-semesterlanges Wohnen in Doppelzimmern von ca. 18,5 qm mit einem Vorraum von ca. 4 qm, sodaß auch hier der eigentliche Wohnraum nur 14,5 qm beträgt.
 - Eine Teeküche von ca. 5,5 qm mit einem Bewegungsraum von ca. 1,5 qm (Es kann höchstens eine Person in der Küche kochen).
 - Zwei Kochplatten als Kochmöglichkeiten für 18 Personen pro Stockwerk.
 - Lediglich zwei Fernsehräume als Gemeinschaftsräume für 216 Personen.
4. Auswirkungen der Wohnsituation:
- Bei dieser denkbar schlechten Wohnsituation müssen wir uns auf Klausuren vorbereiten und Examensarbeiten schreiben.
 - Die fehlenden Gemeinschaftsräume bewirken eine Isolation der Heimbewohner.
 - Die engen Wohnverhältnisse führen zu Konflikten und Spannungen.
 - Wie man in der Vergangenheit sehen konnte, sogar zu Selbstmorden und -versuchen.
 - Außerdem wirken sich diese Bedingungen erschwerend auf die Lernsituation aus.

Aus den oben genannten Gründen halten wir eine Mieterhöhung für unzumutbar.

Das Argument der Mietgleichheit mit anderen Wohnheimen hat für uns keine Gültigkeit, da auch keine Gleichheit der räumlichen Bedingungen besteht.

Die angespannte Haushaltsslage des Landes Hessen ist für uns kein Grund, die Mieterhöhung zu akzeptieren.

Diese Resolution wurde anlässlich einer Wohnheim-VV am 28.1.76 ohne Gegenstimme verabschiedet.